



Antrag

der Abgeordneten **Arif Taşdelen, Dr. Simone Strohmayr, Florian Ritter, Alexandra Hiersemann, Klaus Adelt, Inge Aures, Harald Güller, Stefan Schuster, Margit Wild, Horst Arnold, Florian von Brunn, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Volkmar Halbleib, Annette Karl, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann SPD**

**Integration in Bayern XIII: Sprache, Erziehung, Bildung;
hier: Überprüfung der Schulbücher und Lehrpläne auf rassistische und
diskriminierende Inhalte und Sprache**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, darüber zu berichten, in welcher Form die in Bayern bereits vorhandenen sowie neue Schulbücher sowie die digitalen Lernangebote auf rassistische und diskriminierende Inhalte und Sprache untersucht und die beanstandeten Inhalte durch diskriminierungsfreie Beiträge ersetzt werden.

Begründung:

Die Enquete-Kommission des Landtags „Integration in Bayern aktiv gestalten und Richtung geben“ erarbeitete gemeinsam mit Expertinnen und Experten aus der Migrations- und Integrationsforschung politische Handlungsempfehlungen. Dazu gehörte auch das Erfordernis der Überprüfung der Schulbücher auf rassistische und diskriminierende Inhalte und Sprache.

Vorgabe der Handlungsempfehlung ist es, Schulmaterialien zu überprüfen, um sie gegebenenfalls inhaltlich zu verbessern. Durch die Beseitigung diskriminierender Inhalte kann auch ein Beitrag zur Gewährleistung der Chancengleichheit an den Schulen geleistet werden. Die Inhalte der Schulbücher und Lehrpläne spiegeln gesellschaftlich wichtige Vorstellungen, Werte und Normen wider. Rassistische Inhalte und Sprache dürfen hier keinen Platz haben.

Darüber hinaus sollten auch Rassismuskritik und Diversität einen Platz in den Lehrplänen und Unterrichtsmaterialien finden. Lernprozesse auf dem Weg zum Erwachsenwerden erfordern auch eine kritische Beschäftigung mit der eigenen Identität und den eigenen Wertvorstellungen.

In der Antwort auf eine Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Arif Taşdelen legt das Staatsministerium für Unterricht und Kultus dar, wie neue Schulbücher in einem Zulassungsverfahren auf rassistische und diskriminierende Inhalte geprüft und ggf. von der Zulassung ausgeschlossen werden (Drs. 18/10713). Trotz dieser Vorkehrungen ist es notwendig, insbesondere bestehende, ältere Lernmaterialien zu prüfen. Aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen und Bewegungen wie Black Lives Matter haben das Bewusstsein für diskriminierende Sprache und Inhalte geschärft. Dementsprechend würden Unterrichtsmaterialien, die vor zehn Jahren als zeitgemäß galten, unter heutigen Gesichtspunkten eventuell beanstandet werden.

Der Schutz der Menschenrechte muss insbesondere auch in Schulen an erster Stelle stehen. Aufgabe der Schulen ist es, Kinder und Jugendliche zu selbstbestimmten Persönlichkeiten auszubilden, die die Gleichberechtigung aller Menschen bezeugen. Der schulische Bildungsauftrag stützt sich auf einen verfassungsrechtlich verankerten Gleichbehandlungs- und Gleichstellungsgrundsatz. Schülerinnen und Schüler sollen für Diskriminierung sensibilisiert werden und Maßnahmen zur Prävention von Diskriminierung lernen. Demgegenüber können rassistische Vorurteile und Stereotype in schulischen Materialien für Kinder und Jugendliche zu Traumatisierungen führen.

Zwei Jahre nach der Veröffentlichung des Abschlussberichts der genannten Enquete-Kommission sollte dieser Forderung zur Überprüfung der bestehenden Schulbücher und Lehrpläne endlich nachgekommen werden.